

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- Parteivorsitzender -
Herrn Martin Schulz - persönlich -

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstrasse 140

10963 B e r l i n

über
www.willy-brandt-haus.de

Eichwalde, den 25. September 2017

Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom -

Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom -

Bundestagswahl 2017; Ursachen des Wahlergebnisses und Vorschläge zur Oppositionsarbeit

Sehr geehrter Herr Schulz,

nach dem katastrophalen Wahlergebnis wird nun
sicherlich die Ursachenforschung einsetzen, um
die Zukunft des Landes und der SPD als stärkster
Oppositionspartei positiv zu beeinflussen.

Hierbei möchte ich unterstützend mitwirken
durch konkrete Vorstellungen und Vorschläge
zur Bewältigung der Zukunft:

1. Zur EU mit Auswirkungen auf die Bundesrepublik im
aktuellen Wahlkampf

Noch in Ihrer Position als EU-Parlamentspräsident hatte ich
Ihnen sowie Kommissarin Margrethe Vestager meine Ausarbeitung —
"Für ein starkes Europa in Überwindung der Finanz- und
Wirtschaftskrise durch Konvergenz und Kohäsion,
V o r s c h l ä g e zur Stärkung der europäischen Wettbewerbs-
fähigkeit, Stand Oktober 2016"
übersandt, was jedoch ohne Antwort aus der EU-Zeit bzw. der
Zeit des Wirkens danach blieb - mit Ausnahme der allgemeinen
Forderung nach mehr Gerechtigkeit im Wahlkampf.

1959-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftlichem
in zwei Wirtschaftssystemen

1957 Betrieblicher Techniker-Abschluß,
Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow

1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte,
Fachschule für Schwere Maschinenbau und
Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg

1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik,
Humboldt-Universität zu Berlin, Sek. Elektrotechnik

1973-75 Diplomierung und Promotion als Doktor
mit Untersuchungen zur Systemsteuerung
von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von
heuristischen, Simulations- und algorithmischen
Programmen;

1972, 1974 Pflanzpreissträger und Humboldtpreissträger
der Humboldt-Universität von Berlin

1957-64 Akademie-Dozent für Mechanik, Physik
und technische Fächer

1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer
Grundstofffragen im IREISEN KREISEND (IR-6)

1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen
Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des
Landessozialrates Cottbus

1953-73 Selbständiger Konstrukteur
1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende
Standardisierung/Konstruktion

1994 Bauleitplaner

um 1960 Veröffentlichung "Zur Thesen Feststoffmaterialien"
mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter
Maßabweichungen für Typen, Sorten und Organe
für Duroplast-Feststoffteile, FASSE UND KAUSSCHU

1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der
Volkswirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus aus
Anstrebendes Plastikverarbeitung
(Verhinderung der Einführung des sowjetischen
Gest-Toleranz- und Passungssysteme zugunsten
der Einführung des internationalen
ISA/ISO-Toleranz- und Passungssysteme)

1959-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe
zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik
in der Volkswirtschaft I.A. des KFW Berlin
(Teil I: Ermittlung erforderlicher Aufgaben
für Forschung/Entwicklung und Standardisierung,
Teil II: Entwicklungs-Aufgabenfeld-Netzplan,
Kosten-Nutzen-Analyse)
mit dem Co-Autor
Dr. Wilfried Schauf, Zentrallaboratorium für
Plastverarbeitung Leipzig und
Dipl.-Phys. Dieter von Strausz, TU Dresden

1969-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz
(statist. Methode) zu statistischer Toleranz
(worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung
von Fertigungskostenreduzierung durch größere
Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)

um 1970 Ermittlung der Parameter des Entwurfsprozesses
von Duroplastenteilen aus Abmaß-Blühigkeiten -
Verteilungen, Eröffnungsvortrag der 3. Sektion
Plastverarbeitungstechnik einer der internationalen
Fachtagungen PLASTTECHNIK der Kaiser-Verlag, Dresden

um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Flußdiagramms
der Sowjetunion im Rahmen des Produktionsverfahrens,
Humboldt-Universität zu Berlin

1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der
Volkswirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus
(Verhinderung der Einführung der sowjetischen
Zuverlässigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und
Regelungstechnik)

1991 Dissertation zur Fassung in FERNSEHTECHNIK
29(1987) S. 4-162

Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft
von der Plandwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft
mit Konraden Schauf über NEUES FORM an
Zentralen Bundes Tisch und Regierung

1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Robin-Sonier
(Spekulations-Diaphragma) und eines neuen
Breiten-Woods-Abkommens (fests Wechselkurs)
an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages
zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen
noch vor der ERO-Einführung

2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoeinkommensteuers
(BEF) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den
Beitrag zur ERO-Zone an die Bundesregierung und
an die Landesregierung Brandenburg

2006-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen
für die Bewältigung der Welt-Finanz- und -Wirtschafts-
Krisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

1994-2014 Kritischer Begleiter des Entwurfsprozesses
Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)
durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vordräge,
Vorschläge, Ausarbeitungen und Presse-Informationen
und -Erläuterungen im Rahmen der EICHWALDE ER
FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND
NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative
NIMMER Aufleger BER
in enger Zusammenarbeit mit der
SCHLEIFENFÜR INTERESSENGEMEINSCHAFT GREN FLUGLÄR
(vgl. http://www.eichwalde.com und www.bvfb-er.de)

2015 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der
EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE
UM DIE GEMEINDE EICHWALDE
durch wissenschaftliche Arbeit

So begrüßenswert diese Forderung auch ist und so euphorisch die Bürger deshalb zunächst darauf reagierten, so sehr haben sie danach sicherlich die Konkretisierung der Umsetzung durch geeignete Vorstellungen und Mittel zur Finanzierung vermißt - und dies hat wohl bei vielen Bürgern augenscheinlich ein gewisses Festhalten an vor allem international anerkannter Macht- und Dialogpolitik anstelle des Wechsels zu neuen Zielen eines wohl noch ungewissen Ausganges bewirkt, obwohl die Union trotzdem noch stärker abgestraft wurde als die SPD.

In einer Zeit größer werdender sozialer Unterschiede und Altersarmutsgefahr, in welcher schon jetzt jedes 4. Kind in Deutschland in Armut aufwächst, der Entwertung von Sparguthaben und Altersvorsorgemaßnahmen durch Null-Zins-Politik infolge Aufkaufs von Staatsanleihen mit Schrottstatus unter monatlicher Aufwendung von Milliardenbeträgen durch die EZB infolge wirtschaftlicher Mißachtung der Lehren aus dem €-Vorläufer Ecu bei Aufnahmekriterien und den aktuellen Zielvorstellungen von EU-Rats-Präsident Jean Claude Juncker hinsichtlich trotzdem angepeilter Aufnahme restlicher EU-Länder in die €-Zone trotz in dieser schon konstatierbarer BSP-Spanne von 1 : 30, bei noch immer nicht gebändigtem Finanzspekulations-Unwesen und dessen nicht absehbarer steuerlich angemessener Nutzung neben großen Vermögen zur Erfüllung der europäischen sozialen Erfordernisse ist, noch verstärkt durch die Flüchtlingskrise, das Mißtrauen in die Fähigkeit der Großen Koalition zur Lösung der aktuellen Probleme offensichtlich und scheinbar begründet stark gestiegen. Mein Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens wurde schließlich schon um 1997, also vor 20 Jahren, in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Statt aber Wege zur Problemlösung gegen die Armut darzustellen, hatte die Europäische Kommission wohl lediglich die Bertelsmann-Stiftung mit der Status-Ermittlung und der Klärung des Umganges in den verschiedenen europäischen Völkern und Staaten mit der Armut beauftragt!

Es dürfte also Zeit sein, sich endlich hierüber zukunftsichernd auszutauschen, wozu ich Ihnen anliegend nochmals meine vorgehen. Ausarbeitung, welche in einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankfurt/Oder als Lösungsvorschlag anerkannt wurde, übermitteln möchte.

2. Zum Bund

Daß dies allein noch nicht ausreichen wird, das Mißtrauen der Bürger zum Establishment zu überwinden, liegt bei dem aktuellen Wahlergebnis auf der Hand. Dazu fanden sich die Bürger mit ihren vielen Problemen des Alltags im bisherigen Wirken insbesondere der Exekutive, aber vielfach auch der Legislative und selbst der Judikative zu wenig wahrgenommen, vielfach selbst nach großen Anstrengungen zum Erreichen der Thematisierung brennender Probleme. Und selbst Kommunen und deren Vereinigungen mühten sich in der Vergangenheit oftmals vergebens.

Der Wille der Bürger und ihrer Vertretungen, ob Exekutive, Legislative, Verbände, Bürgerinitiativen oder Interessengemeinschaften, ist weit mehr zu achten und zu berücksichtigen als bisher, wo er vielfach nur ignoriert wurde, unabhängig davon, wie nützlich er hätte sein können. So etwas schafft Abstand !

Mittel der direkten, deliberativen und konsultativen Demokratie ähnlich denen in der Schweiz und skandinavischen Ländern sind also verstärkt anzuwenden (vgl. hierzu das Werk von Ute Scheub, Demokratie. Die Unvollendete. Plädoyer für mehr Teilhabe, 2. Aufl., 2017, oekom verlag München).

3. Zu den neuen Bundesländern

Hierzu fällt mir, insbesondere die neuen Bundesländer betreffend, vor allem das Beitragswesen wegen der allgemein geringeren Finanzkraft der Bürger ein:

- Wasser- und Abwasser-Beiträge und -Gebühren in Schädigung der Bürger wegen Verstoßens gegen das Verursacherprinzip gem. EU-Wasser-Rahmenrichtlinie 2000/60/EG,
- Verlagerung der Energiewende-Kosten für die Ökostromweiterleitung unangemessen hoch auf die neuen Bundesländer,

- Verlagerung der Kosten für Straßenschäden entgegen Verursacherprinzip vom Wirtschafts-Kraftverkehr (Gigaliner !) auf Anlieger der Straße und Kommunen,
- Rentenangleichungs-Mängel selbst nach einem Vierteljahrhundert,
- fehlende Ansiedlung von Konzernzentralen mit Entwicklungspotential,
- Schlechterstellung zu DDR-Zeiten geschiedener Frauen infolge einer Einigungsvertrags-Lücke,
- Wohnraumangel,
- zu hohe Mieten,
- spekulativer Ackerbodenkauf zur Geldanlage, verbunden mit Pachterhöhungen bei zu niedrigen Milchpreisen, welche, verstärkt durch die Rußland-Sanktionen, bereits viele Milchbauern zur Aufgabe ihrer Höfe zwangen - mit der Folge der Erhöhung der Butterpreise für die Verbraucher trotz immer noch zu geringer Vergütung der Bauern.

4. Zum Land Brandenburg

Hinzu kommen noch länderspezifische Fehlentwicklungen wie in Brandenburg

- zur Rechtsignoranz beim Entfall der Förderung von Unterzentren in der Zentrale-Orte-Gliederung,
- Rechtsignoranz beim BER-Projekt durch
 - . Fehlen des positiven Nachweises einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP),
 - . Layout-Verstoß gegen das ICAO Doc.9184 bei der BER-Südbahn-Ausrichtung,
 - . Entfall des Schallschutzes entgegen Planfeststellungsbeschuß (PFB),
 - . BER-Co-Finanzierung durch Anliegerbeiträge,
 - . Ignorierung von Hinweisen aus Bürgerinitiativen zu Gesetzesverletzungen und Gerichtsentscheidungen bis hin zum BVG und bis hin zum rechtsgültigen Volksentscheid für ein BER-Nachtflugverbot trotz Annahme durch Regierung und Landtag,
- Kreisreform ohne Aufgabenneuverteilung,
- Polizei- und Justiz-Abbau trotz bereits gegebener Überforderung und trotz erwartbarem Juristen-Mehrbedarf durch
 - . Flüchtlings-Prozesse vor der Verwaltungsgerichtsbarkeit und
 - . Altanschießer-Prozesse der Zivilgerichtsbarkeit wie Landgerichten bei Staatshaftung.

Daß die AfD die Stimmen so vieler enttäuschter Bürger besonders in den neuen Bundesländern bekam, ist also ursächlich bedingt, da keine der etablierten Parteien all diese Ursachen der Mißstimmung der Bürger erkannte und so komplex als Wahlprogramm an die Bürger herantrug, sondern höchstens kleine Teile davon ansprachen, also viele Probleme einfach ignoriert wurden.

Das generiert Protestwähler !

5. Zum BER-Umland

Im BER-Umfeld kommt bei den betroffenen Brandenburgern und Berlinern im Südosten der Stadt noch das einseitige Herangehen zu Lebensbeeinträchtigungen, nämlich das einseitige Herausstellen allein des Leidens der TXL-Anlieger hierzu, wogegen das genau so lange Leiden der Bürger im BER-Umfeld völlig negiert wurde, obwohl statt vieler tausender Bürger um Tegel nur 129 Gebäude im BER-Umfeld bisher Schallschutz nach Planfeststellungsbeschuß (PFB) erhielten, während tausende mit unzureichenden Entschädigungen abgespeist wurden anstelle des versprochenen Mhdorn'schen "weltbesten Schallschutzes", der noch nicht einmal so auf dem Papier steht, da Spitzenlämpiegel sowie Lärmstörpegel wegen zu großer Flugplatznähe und die schon 2012 vom OVG Leipzig verfügte Neuberechnung von Dauerlämpiegel-Schallschutz-zonen mit Zuschlägen für "alte" wie "neue" Flugrouten bis heute völlig aussteht, obwohl in einer großen Zusendung zu Regierung und Landtag Brandenburg schon 2013 angeführt !

6. Zusammenfassung

Es gibt also genügend Anlaß zur Selbstkritik der Partei für die Zeit, in welcher Sie noch EU-Parlamentspräsident waren und zum vielfältigen Umsteuern des Establishments, von welchem auch die Presse nicht generell ausgenommen werden kann, da vielfach kritische Stimmen, besonders zu Rechtsfragen, ausgeblendet wurden und deshalb die Information der Bürger z.B. im BER-Umfeld bisher vor allem über das Internet unter <http://berlin-brandenburg-21.de> erfolgen mußte.

Für die Konzentration der SPD auf mehr Gerechtigkeit gibt es also genügend umfangreiche Ansätze zum Anknüpfen.

Dabei kommt auch dem Agieren der Länder große Bedeutung zu, z.B. bezüglich der Gewährung von Sammelklagen Betroffener gemäß Gesetz, um wenigstens die erwartbare Prozeßflut zu bändigen.

Die gesamte Problematik einmal zusammenfassend aufzuzeigen war Anlaß dieses Schreibens, wozu aber ergänzend auch die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit für die Gesellschaft in vielerlei Hinsicht, zumindest aber bezüglich der Auslagererstattung, gehört, um die Demokratie zu stärken. Dies fehlt z.Z. m.W. noch fast völlig.

Für die Neuausrichtung der Politik der SPD hin zu mehr Bürgerbeteiligung und Gerechtigkeit wünsche ich Ihnen viel Kraft und Erfolg !

Mit freundlichen Grüßen



Dr. G. Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

A n l a g e :

Ausarbeitung "Für ein starkes Europa in Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise durch Konvergenz und Kohäsion.
Vorschläge zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, Stand
Oktober 2016"

Nachbemerkung:

Die vorstehende Liste von wahlrelevanten Problemen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da z.B. auf die Aufnahme von im Wahlkampf bereits angesprochenen Problembereichen verzichtet wurde, wie Immigration/Integration, Pflegenotstand, Zweiklassenmedizin, Bildungskleinstateerei, Informationstechnikdefizite/Fabrikationsniveau 4.0, Lobbyismus-Umwesen, Machtkonzentration und -mißbrauch usw..